

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Hofer, Herbert Kickl, Harald Vilimsky  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend begleitende Maßnahmen zur Senkung des Wahlalters

**eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage (94 d.B.): Bundesverfassungsgesetz mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert wird in der 24. Sitzung des Nationalrates am 5. Juni 2007**

Es gibt viele Gründe, die für eine Senkung des Wahlalters und eine direkte Einbindung junger Österreicher in den demokratischen Entscheidungsprozess sprechen.

Eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre birgt aber auch die Gefahr, dass Schüler von Lehrern, die in hohem Ausmaß als Mitglied den Proporzparteien und zunehmend auch den gesellschaftspolitisch verantwortungslos agierenden Grünen angehören, parteipolitisch vereinnahmt werden.

Schulen werden durch Parteipolitik und Wahlkämpfe stärker als bisher im Fokus der Parteisekretariate stehen. Kondomverteilende Ministerinnen und Verteileraktionen grüner Gesellschaftspolitiker vor Schulen sind Vorzeichen einer Entwicklung, die sich unsere Demokratie nicht verdient hat. In Kärnten haben Tageszeitungen darüber berichtet, dass der Schulreferent des Landes anlässlich eines Schulbesuchs Hausaufgaben erlassen hätte. Auch das ist offenbar für manchen Politiker eine Möglichkeit, Sympathien junger Wähler zu gewinnen.

Bisher entscheidet der Schuldirektor, ob es sich bei Auftritten von Regierungsmitgliedern über Informationsveranstaltungen über parteipolitische Aktivitäten handelt. Er entscheidet auch über den Aushang von Informationsmaterialien. Hier muss im Beschwerdefall eine parteipolitisch unabhängige Schlichtungsstelle geschaffen werden, an die sich Eltern und Schüler wenden können.

Nicht schulfremde Personen dürfen bis dato jedenfalls an Schulen aktiv werden. Dazu gehören beispielsweise die Unterrichts- oder Bildungsministerin, der Landeshauptmann als gesetzlicher Landesschulratspräsident und der entsprechende Schulreferent der Landesregierung. In Wahlkampfzeiten sollte jedoch auch diesem Personenkreis – aufgrund dem in der Regel unumstrittenen parteipolitischen Naheverhältnisse zu einer Partei - der Zutritt zur Schule nicht gewährt werden.

Es ist daher notwendig, mit der Senkung des Wahlalters auch eine völlige parteipolitische Trockenlegung des Politsumpfes im österreichischen Bildungssystem zu gewährleisten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

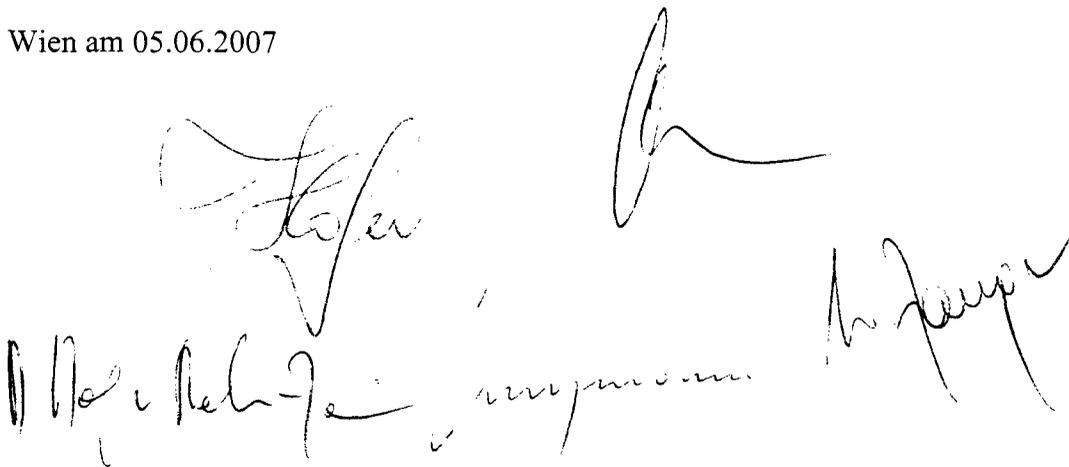
### ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der geplanten Senkung des Wahlalters für die Umsetzung folgender Begleitmaßnahmen einzusetzen:

- Echte Objektivierung bei der Bestellung von Lehrpersonal und Schulleitern.
- Strenge Disziplinarmaßnahmen für Lehrer, die in Schulen parteipolitisch agieren.
- Verbot von parteipolitischen Aktivitäten nicht nur in sondern auch vor Schulen im Rahmen der Schaffung einer Schutzzone.
- Einrichtung einer parteipolitisch unabhängigen Beschwerdestelle, an die sich Eltern und Schüler im Falle parteipolitischer Agitation an öffentlichen Schulen wenden können.
- Politiker, auch wenn sich als nicht schulfremd gelten, dürfen in Schulen in Wahlkampfzeiten keine öffentlichen Aktivitäten setzen oder Veranstaltungen abhalten.
- Schulfremde Politiker sind grundsätzlich nur dann zu Veranstaltungen zuzulassen, wenn alle im Nationalrat vertretenen Parteien eingeladen wurden.“

Wien am 05.06.2007



The image shows several handwritten signatures in black ink. The most prominent one is 'Kofler'. Below it, there are several other signatures, some of which are partially obscured or overlapping. The signatures appear to be those of members of the National Council of Austria.